

UNGARN

Mörderisches Bündnis

Wie Deutschland rebellierte Ungarn gegen den "Schandfrieden" von Versailles. Im Pakt mit Hitler glaubte man die nationale Demütigung überwinden zu können – und schickte dafür mehr als eine halbe Million Juden in den Tod.

von Mariana Hausleitner | 27. August 2013 - 08:00 Uhr

© Wikimedia Commons



Admiral Miklós Horthy war von 1920 bis 1944 Staatsoberhaupt des Königreiches Ungarn,

Der 4. Juni 1920 gilt bis heute vielen Ungarn als der schwärzeste Moment ihrer Geschichte: An jenem Tag unterzeichnete die ungarische Delegation im Schloss Trianon von Versailles einen Vertrag, der ihr Land dazu zwang, große Teile seines Gebietes abzutreten. Trianon wurde zur Chiffre eines Traumas – und zum Kampfbegriff all jener, die von einem starken Großungarn träumten.

Auch fast ein Jahrhundert später ist diese Wunde nicht verheilt: Im Mai 2010 führte die ultrakonservative Regierung von Viktor Orbán den gesetzlichen "Tag des nationalen Zusammenhaltes" ein. Sie wählte dafür den 4. Juni. Landkarten und Anstecknadeln, die Ungarn in den Grenzen vor 1920 zeigen, sind gängiges Accessoire bei den Aufmärschen und Kundgebungen der erstarkenden ungarischen Rechten. Die Anhänger der rechtsextremen Jobbik-Partei flirteten sogar mit der Symbolik der Pfeilkreuzler-Partei, die 1944 von den Nationalsozialisten an die Macht befördert worden war und Abertausende Juden ermordete.

Die nationalistische Fidesz-Partei von Premier Viktor Orbán distanziert sich pflichtschuldig von den ungarischen Neonazis. Dafür werden dem "unbekannten Horthy" Denkmäler gesetzt. Admiral Miklós Horthy regierte Ungarn von 1920 bis 1944. Sein großes Ziel

war es, die Bestimmungen von Trianon rückgängig zu machen – und zu diesem Zweck schreckte er auch nicht davor zurück, sich an die Seite [Adolf Hitlers](#) zu stellen.

Bevor Horthy an die Macht kam, durchlebte Ungarn eine Zeit politischer Wirren. Im Herbst 1918 zerbrach infolge der Niederlage im Ersten Weltkrieg das Habsburger Vielvölkerreich; die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn hörte auf zu existieren. Am 16. November 1918 rief der Nationalrat in Budapest die demokratische Ungarische Volksrepublik aus. Doch sie bestand nur kurze Zeit. In den Städten mangelte es an Lebensmitteln und Kohle. Und als tschechische und serbische Einheiten Teile des ungarischen Territoriums besetzen, wird die frisch gegründete Republik in einen Strudel eskalierender Grenzkonflikte gezogen.

Anfang 1919 nimmt die Friedenskonferenz in Versailles ihre Beratungen auf und ordnet an, eine "neutrale Zone" in Siebenbürgen zu schaffen – eine Maßnahme, um Rumänien zu stärken, das die Entente-Mächte für entscheidend halten, um einen stabilen Schutzgürtel aus verbündeten Staaten zu errichten, der den sowjetischen Einfluss begrenzt. Die ungarische Regierung wird daher in einem Ultimatum dazu aufgefordert, ihre Verbände aus der multiethnischen Zone zurückzuziehen. Für Regierungschef Graf Mihály Károlyi ist dies eine schwere Demütigung: Er sieht keinen anderen Ausweg, als zurückzutreten.

In dieser Situation wittern die Sozialdemokraten ihre Chance, gemeinsam mit der neu entstandenen Kommunistischen Partei die Macht zu übernehmen. Am 21. März 1919 vereinigen sich die beiden Parteien und bilden den Revolutionären Regierenden Rat – der Beginn der ungarischen Räterepublik.

Deren führender Kopf ist Béla Kun. Ende 1918 ist er als überzeugter Kommunist aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrt. Nun herrscht er 133 Tage lang wie ein Diktator. Die Räteregierung unter seiner Führung verstaatlicht Großbetriebe, Bergwerke, Verkehrsunternehmen und Banken; der Boden soll von Produktionsgemeinschaften bearbeitet werden. Vor allem die Bauern reagieren mit Misstrauen, während viele Arbeiter und Landarbeiter bereit sind, für die Räterepublik zu kämpfen.



1920 verliert Ungarn wegen der Bestimmungen der Friedenskonferenz in Versailles zwei Drittel seines Territoriums und mehr als die Hälfte seiner Bevölkerung (die indes zu zwei Dritteln aus Angehörigen nicht ungarischer Minderheit bestand).

Im Juni 1919 versucht Kun seinen Einfluss weiter auszudehnen und initiiert die Gründung einer Slowakischen Räterepublik. Doch die Entente zwingt ihn zum Rückzug. Kun gibt nach, was die Gegner der Rätediktatur stärkt. Zeitgleich marschieren rumänische Truppen in Ungarn ein und besetzen Budapest. Am 1. August 1919 tritt die Räteregierung zurück.

Im Süden hat sich unterdessen eine Gegenregierung unter Admiral Miklós Horthy gebildet, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der kaiserlich-königlichen Marine. Die Kommandos seiner "nationalen Armee" gehen nun mit brutaler Gewalt gegen alle vor, die sie für Anhänger der Räteregierung halten. So folgt Béla Kuns "rotem Terror" Horthys "weißer". Immer wieder entlädt sich dabei antisemitischer Hass. Die Tatsache, dass Béla Kun und viele seiner Kommissare Juden waren, liefert dafür einen willkommenen Anlass.

Unterstützung findet Horthy vor allem bei Großgrundbesitzern und Großindustriellen. Die Rumänen lassen es zu, dass er mit seinen Truppen in Budapest einmarschiert. Am 1. März 1920 schließlich wird er zum Reichsverweser gewählt – zum Regenten eines Königreichs, das keines mehr ist. Wenige Monate später stellen die Entente-Mächte in Versailles "die Todesurkunde des tausendjährigen Stephansreiches" aus, wie es der ungarische Publizist Paul Lendvai formuliert hat. Infolge des Friedensvertrags von Trianon verliert Ungarn zwei Drittel seines Territoriums. Drei Millionen Ungarn leben nun außerhalb der ungarischen Grenzen: 1,6 Millionen in Rumänien, eine Million in der Tschechoslowakei, der Rest im Staat der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Jugoslawien).

Zum Feindbild Nummer eins werden unter Miklós Horthy die Juden. Seit dem späten 19. Jahrhundert waren viele von ihnen in Ungarns Städten in bürgerlichen Berufen sozial aufgestiegen. Die 133 Tage des Béla Kun schienen Hass und Vorurteile zusätzlich zu bestärken. Schon bald ist in der ungarischen Presse zu lesen, der "Judeobolschewismus" trage die Schuld an den territorialen Einbußen von Trianon. Bereits im September 1920

führt Ungarn einen Numerus clausus für jüdische Studenten ein, um ihnen den Zugang zu den Universitäten zu erschweren.

Während der zwanziger Jahre sammeln sich viele unzufriedene Jugendliche in rechtsradikalen Gruppen. Und trotz des gegen Juden gerichteten Numerus clausus bleiben die Universitäten eines der wichtigsten Betätigungsfelder der Antisemiten. Das Parlament verlängert die diskriminierende Zugangsregelung für die Hochschulen 1923 und 1928 mit breiter Mehrheit. Terroranschläge auf jüdische Einrichtungen sind an der Tagesordnung. Und unter der Führung des Generals Gyula Gömbös wächst der Einfluss der rassistischen Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitspartei, die sich in den zwanziger Jahren von der regierenden Partei der nationalen Einheit abgespalten hat.

Antisemitische Gesetze sollen Rechtsradikalen den Wind aus den Segeln nehmen

Obwohl der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung gerade einmal 5,1 Prozent beträgt (Stand 1930), machen die Antisemiten sie für sämtliche sozialen Probleme verantwortlich. Vor allem in den Jahren nach der Weltwirtschaftskrise gewinnt Gömbös zahlreiche Anhänger. Er verspricht einen starken Staat und die Umverteilung des jüdischen Besitzes.

Am 1. Oktober 1932 wird er Ministerpräsident. Unmittelbar nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler reist er nach Berlin. "Wie unser Land, so tritt auch Deutschland für eine Revision der Friedensverträge ein", berichtet er anschließend in einer Rede vor dem ungarischen Parlament und rühmt Hitlers Verdienste "für die Menschheit". 1934 schließen Ungarn und Deutschland einen Wirtschaftsvertrag. Ungarn erhält einen umfangreichen deutschen Kredit zur Aufrüstung seiner Armee. Die Umsetzung seiner Ziele aber erlebt Gömbös nicht mehr. Im Frühjahr 1936 entzieht Horthy ihm die Unterstützung, weil er eine Agrarreform beginnen wollte und die Großgrundbesitzer Widerstand leisteten. Die enge Kooperation mit dem "Dritten Reich" aber setzt Horthy fort.

Nach Gömbös' Tod im Oktober 1936 sammeln sich viele Rechte um den ehemaligen Generalstabsoffizier Ferenc Szálasi. 1935 hat er die rechtsextreme Partei des nationalen Willens gegründet, die ein offensives Vorgehen gegen die Juden nach Hitlers Vorbild propagierte, aber schon bald verboten wurde. 1937 geht aus ihr die Pfeilkreuzler-Partei hervor. Und obwohl Szálasi von 1938 an zwei Jahre lang in Haft sitzt, wächst seine Anhängerschaft stetig. 1939 hat seine Partei bereits eine Viertelmillion Mitglieder und erreicht bei den Wahlen einen Stimmenanteil von 25 Prozent. Vor allem städtische Arbeiter und soziale und politische Randgruppen schließen sich den Pfeilkreuzlern an.

Die Regierung versucht unterdessen, den Rechtsradikalen den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie mehrere antisemitische Gesetze erlässt: Das erste dieser Judengesetze, vom Mai 1938, beschränkt die Anzahl der Juden in den Berufskammern sowie in größeren Unternehmen auf einen Anteil von 20 Prozent. Im zweiten Judengesetz vom Mai 1939 senkt die Regierung den Anteil an den Berufskammern auf sechs Prozent ab und verbietet

die Aufnahme von Juden in den öffentlichen Dienst. Das dritte, von 1941, untersagt, nach dem Modell der Nürnberger Gesetze, die Ehe von Juden und Nichtjuden – um "die Rasseneinheit der ungarischen Nation zu wahren". Mit diesen Gesetzen allerdings will Horthy nicht nur Stimmen am rechten Rand gewinnen. Sie sind auch eine "Gegenleistung" dafür, dass Hitler seinem ungarischen Verbündeten dabei hilft, die 1920 verlorenen Gebiete zurückzugewinnen.

Einen ersten Erfolg bringt Ungarn das Bündnis mit Hitler Ende 1938. Nach dem Münchner Abkommen im September des Jahres annektiert das Großdeutsche Reich das Sudetenland – mit Billigung Mussolinis und der Westmächte. Im anschließenden Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 erhält Ungarn, mit dem Segen Hitlers und Mussolinis, den südlichen Teil des einstigen "Oberlandes" (Felvidék) von der Slowakei zurück, in dem viele Ungarn leben.

Die aggressive Politik Deutschlands findet in Ungarn auch während der folgenden Monate breite Unterstützung: So besetzen im März 1939, nachdem Hitler in die "Rest-Tschechei" einmarschiert ist, ungarische Einheiten mit deutscher Zustimmung die Karpato-Ukraine, die 1920 an die Tschechoslowakei gegangen war. Durch den Zweiten Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 schließlich erhält Ungarn Nordsiebenbürgen von Rumänien. Im April 1941 greift Ungarn an der Seite der Deutschen Jugoslawien an und gewinnt so weitere Gebiete zurück.

Die Zahl der Juden, die in den ungarischen Grenzen leben, steigt durch die Gebietserweiterungen der Jahre 1938 bis 1941 von 165.000 auf 825.000. Szálasi, der im August 1940 amnestiert wird, fordert nun lautstark, sie zu verjagen. Die "Rassenschutzgesetze" werden weiter verschärft, viele Juden verlieren die ungarische Staatsangehörigkeit und sind fortan staatenlos.

Dennoch bleiben die ungarischen Juden lange Zeit von der Deportation in deutsche Lager verschont – bis am 19. März 1944 die Wehrmacht das Land besetzt. In den Jahren zuvor hatte sich die ungarische Regierung Hitlers Forderung, "die Judenfrage zu bereinigen", noch widersetzt. Nun beginnt in rasendem Tempo die Verschleppung Hunderttausender nach Auschwitz-Birkenau : Unter der Regie Adolf Eichmanns deportieren SS, Wehrmacht, Gestapo und ungarische Gendarmen zwischen dem 14. Mai und dem 9. Juli 437.402 Menschen in das Vernichtungslager. An jenem 9. Juli befiehlt Horthy, die Deportationen zu stoppen. Am 15. Oktober verkündet er, Ungarn trete aus dem Krieg aus. Die Deutschen setzen ihn daraufhin ab und machen den Pfeilkreuzler Szálasi zum neuen ungarischen "Führer". In Budapest ermorden seine Milizen bis zum Kriegsende noch mehrere Tausend Juden. Insgesamt fallen 564.000 jüdische Ungarn der "Endlösung" zum Opfer.

MARIANA HAUSLEITNER

Jahrgang 1950, ist Mitarbeiterin des Editionsprojekts "Judenverfolgung 1933–1945" am Münchner Institut für Zeitgeschichte.

Bis heute ist dieses historische Kapitel in Ungarn kaum aufgearbeitet. Und wie in der Zwischenkriegszeit unter Horthy hat die nationalistische und rassistische Rechte auch heute wieder großen Zulauf. Die postkommunistischen Staaten in Osteuropa haben dabei mit vielen Problemen zu kämpfen, die sie schon zwischen den Weltkriegen belasteten: Ein wachsender Teil der Bevölkerung verarmt, es gibt nur eine kleine, fragile Mittelschicht. Und erneut schüren rechte Gruppen Hass und Vorurteile, indem sie soziale Probleme zu ethnischen Konflikten erklären. Da sich mit Antisemitismus weniger Menschen als in der Zwischenkriegszeit mobilisieren lassen, stehen nun die Roma im Mittelpunkt der Propaganda.

In Ungarn profiliert sich das von Viktor Orbán geführte Parteienbündnis vor allem mit symbolischer Politik, statt die ganz handfesten Probleme anzugehen, die durch die hohe Verschuldung des Landes entstanden sind. So betont die pathetische Präambel der seit 2012 geltenden neuen Verfassung den christlichen Charakter des Staates. Die Juden werden marginalisiert, die vielen Auslandsungarn zu Angehörigen der ungarischen Nation erklärt. Die Mitwirkung der ungarischen Gendarmerie an der Deportation der Juden und den Massenmorden der Pfeilkreuzler wird nicht erwähnt. Im offiziellen Geschichtsbild sind die Ungarn nur Opfer.

Die Krisenjahre nach 1929 haben gezeigt, wie die Parteien der Mitte durch ihr Aufgreifen von Forderungen der Rechten in autoritäre Strukturen abgeglitten sind. Dass sich die Sprecher von Orbáns Regierungsbündnis nicht eindeutig von den rassistischen Parolen der Rechtsradikalen abgrenzen, versetzt kritische Beobachter daher nicht ohne Grund in Sorge.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/zeit-geschichte/2013/03/ungarn-nationalsozialismus-holocaust>